

Seite 1/1

Hagen, 22.08.2025
Zeichen: 1.837 inkl. Leerzeichen

Lennart Poll
Stellvertretender
Kreisvorsitzender

lennart.poll@fdp-hagen.de
www.fdp-hagen.de

Freie Demokratische Partei
Kreisverband Hagen
Märkischer Ring 120
58097 Hagen

Pressemitteilung

FDP warnt deutlich vor Steuererhöhungen nach der Kommunalwahl

Gerade erst hat Kämmerer Bernd Maßmann vor den immer größer werdenden Problemen im kommunalen Haushalt gewarnt, da fordert die SPD bereits deutliche Mehrausgaben. Aus Sicht der FDP Hagen zeigt dies sehr deutlich, was im Herbst den Hagener Bürgern und Unternehmen droht: drastische Erhöhungen bei Steuern und Abgaben in allen Bereichen.

„Wenn es nach der Kommunalwahl zu einer großen Koalition, gegebenenfalls unter Beteiligung der Grünen, kommt, werden die vielfältigen Probleme in der Stadt einfach mit frischem Geld vom Steuerzahler zugeschüttet. Das ist so sicher wie das Amen in der Kirche. Dringend notwendige Einsparungen im Verwaltungsapparat werden dann nicht mehrheitsfähig sein“, prophezeit Katja Graf, Oberbürgermeisterkandidatin und Kreisvorsitzende der Liberalen.

Dieses Muster könne man deutlich bei der aktuellen Bundesregierung nachvollziehen: „Die CDU verspricht Bürokratieabbau und eine schlanke Verwaltung, aber sobald SPD und Grüne mit ihren Ausgabenorgien um die Ecke kommen, ist davon keine Rede mehr. Fakt ist aber, dass ohne ein grundlegendes Umdenken und eine deutliche Konsolidierung im Verwaltungsapparat auch in Hagen demnächst massive Erhöhungen bei Grund- und Gewerbesteuer drohen“, erläutert Graf ihre Befürchtungen.

Lennart Poll, stellvertretender Kreisvorsitzender und Kandidat für den Stadtrat, sekundiert: „Wir haben schon vor Monaten einen breiten Einstellungsstopp und echte Konsolidierungsanstrengungen bei der Stadtverwaltung eingefordert. Aber das Gegenteil passiert: Der Stellenaufwuchs wird weiter forciert, die berechtigten Warnungen des Kämmerers werden ignoriert. Eine starke FDP im Rat wird sich deutlich dafür einsetzen, dass dieser Irrweg ein Ende hat. Denn Hagen kann mehr – ganz ohne neue Belastungen für Bürger und Unternehmen.“